

Delmenhorster Kurier
25. Februar 2019

Delmenhorster Kurier
25.2.19 S.1

Zahlreiche Co

Das Immobilienmanagement der Stadt gibt einen Ausb

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst. Die jüngsten Beschlüsse des Rates zur Schulentwicklung in Delmenhorst sollen vor allem helfen, die Umstellung von G8 auf G9 an den Gymnasien handhabbar zu machen. Wie berichtet, müssen das Gymnasium an der Willmsstraße und das Max-Planck-Gymnasium ab dem Schuljahr 2020/2021 einen kompletten Jahrgang mehr unterbringen. Dafür soll es auch Neubauten geben, was realistisch nicht mehr umsetzbar ist. Geschweige denn, dass die entsprechenden Bauten im aktuellen Haushalt schon einmal verankert wurden.

Um das Problem zu meistern, ist Folgendes vorgesehen: Die Oberschule Süd bekommt am Brendelweg einen Anbau, damit dort die Schüler einziehen können, die aktuell noch am Außenstandort Königsberger Straße unterrichtet werden. Das Gebäude dort wird dann Außenstandort des Gymnasiums an der Willmsstraße, das also die jetzt noch genutzten Räume am Pestalozziweg räumen soll. Auch das Max-Planck-Gymnasium soll einen Anbau erhalten, damit es einen Jahrgang mehr unterbringen kann.

„Der Zeitplan ist extrem eng gestrickt“, sagt auch Andreas Tensfeldt, Fachbereichsleiter Gebäudemanagement in der Stadt und damit für alle städtischen Gebäude zuständig. Sicher ist, dass neue Gebäude bis zum 1. August 2020 nicht stehen werden. Es muss also improvisiert werden. Dafür werden an den entsprechenden Schulen Unterrichtscontainer aufgestellt werden müssen. Und zwar in nicht unerheblichem Umfang. Gleichwohl ist Tensfeldt im Hinblick auf die erhöhte Schülerzahl zum Schuljahr 2020/2021 zuversichtlich: „Wir werden das auf jeden Fall schaffen.“ Wenn auch mit kleineren Einschränkungen: „Unter Umständen werden zum Schuljahresbeginn 2020 noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen sein, aber auf jeden Fall so weit gediehen, dass die Schulen die jeweiligen Standorte nutzen können.“

Max-Planck-Gymnasium

An der Max-Planck-Straße hat sich die Verwaltung bereits das Schulgelände angeschaut und ist zu dem Schluss gekommen: Ein Anbau dort ist möglich. „Die Größenordnung ist mit dem Fachbereich Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur vorbesprochen, aber noch nicht endabgestimmt“, erklärt Tensfeldt. Allerdings ist auch klar: Ohne eine Zwischenlösung mit Containern geht es nicht. Ob die an der Max-Planck-Straße aufgestellt werden können, wurde auch untersucht. Auch das ist laut Tensfeldt möglich. Wie viele Container am Maxe nötig sind? „Die genaue Zahl der benötigten Mobilbauten muss noch abgestimmt werden.“ Ein Jahrgang ist am Max-Planck-Gymnasium aktuell zwischen 120 und 130 Schüler groß, aber eventuell werden auch noch Container für Fachunterricht benötigt.

Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsplan 2019 berücksichtigt und stehen nach Genehmigung des Haushaltsplans zur Verfügung, teilt die Stadtverwaltung mit. „Wir können das dann zügig umsetzen“, erklärt Tensfeldt. Im Haushaltsentwurf taucht unter dem



Das Gelände vom Maxe hat sich die Verwaltung t

Schlagwort Containermiete Außenstandort

Max-Planck-Gymnasium für dieses Jahr die Summe von 42.100 Euro auf, im kommenden Jahr sind bereits 112.200 Euro veranschlagt, für die beiden Folgejahre noch einmal jeweils 59.000 Euro mehr. Die Summe zeigt schon, dass es nicht gerade um wenige Container geht. Die Container sollen übrigens zum Schuljahresbeginn 2020 aufgebaut sein, werden also aller Voraussicht nach kommendes Jahr in den Sommerferien errichtet.

Oberschule Süd

An der Oberschule Süd ist das Prozedere ähnlich wie am Maxe-Planck-Gymnasium. Die Verwaltung hat bereits geschaut, ob ein Anbau am Brendelweg überhaupt möglich ist. Ja, das ist er. Wie groß dieser Anbau sein muss, ist allerdings noch nicht im Detail festgelegt. Im zweiten Schritt wurde wieder geschaut, ob sich die Zeit bis zur Eröffnung des Anbaus mit Containern überbrücken lässt. Auch das ist möglich. Tensfeldt erklärt hierzu: „Die Mobilbauten an der Oberschule Süd sollen nach Freigabe der Mittel schnellstmöglich errichtet werden. Ziel ist, dass sie spätestens zum Ende der diesjährigen Sommerferien stehen. Das würde der Schule einen Umzug im laufenden Schuljahr ersparen.“ Nur: Ob das

ntainerklassen

lick, wie die Schulentwicklungsplanung voranschreitet



bereits angeschaut und ist zu dem Schluss gekommen: Ein Anbau ist möglich.

FOTO: MÖLLERS

klappt, also ob bis Feriende alles aufgebaut ist, scheint nicht sicher.

Im Haushalt findet sich allerdings kein Posten Containermiete Oberschule Süd, aber Geld für Container am Willmsgymnasium. Da diese dort nicht gebraucht werden, könnte das Geld umgewidmet werden. Für das Willms waren noch einmal deutlich höhere Summen als für das Maxe veranschlagt, 131 600 Euro für das nächste Jahr, in den beiden Folgejahren je 155 400 Euro. Da steckt wahrscheinlich noch einmal geringfügig Einsparpotenzial drin, denn die Oberschule hat wahrscheinlich einen geringeren Containerbedarf. Zum Vergleich: Während in diesem Schuljahr laut Stadtstatistik 156 Fünftklässler in sechs Klassen am Willms unterrichtet werden, sind es an der Oberschule Süd 65 Schüler in vier Klassen.

Gymnasium an der Willmsstraße

Da die Stadt die nun vom Stadtrat beschlossene Variante selbst nicht bevorzugt hatte (demnach wäre der neue Außenstandort des Willms der jetzige Standort Lilienstraße der Realschule geworden), liegen noch keine Planungen vor, was an der Königsberger Straße gemacht werden muss. „Für die Sanierung und den Umbau des Standorts Königsberger Straße beginnen jetzt die Kostenschätzungen,

damit die entsprechenden Mittel angemeldet werden können“, sagt Fachbereichsleiter Tensfeldt. Der Umbau an der Königsberger Straße kann aber erst beginnen, wenn die Oberschule dort ausgezogen ist.

Im Interview mit dem DELMENHORSTER KURIER hatte Stefan Nolting, Direktor des Willms, schon darauf hingewiesen, dass an der Königsberger Straße die neunten und zehnten Klassen unterrichtet werden sollten, er geht von rund 320 Schülern aus. Nolting sagte: „Das bedeutet, dass neben den Klassenräumen auch die notwendigen Fachräume vorhanden sein müssen. Nachgedacht werden sollte aber auch über weitere Angebote, die in die heutige Schullandschaft gehören, ich umschreibe hiermit Mensa und Cafeteria. Die naturwissenschaftlichen Fach- und die Computerräume müssen anders als jetzt ausgestattet sein. Wir müssen diese Schüler fit für Oberstufe und Abitur machen – und der zehnte Jahrgang ist auch an einem Gymnasium ein Abschlussjahrgang. Das Kerncurriculum schreibt da einige Notwendigkeiten schlicht und einfach vor, das ist auch ein Punkt, den der Schulträger, also die Stadt, umsetzen muss. Die Vorbereitung auf das Abitur geht aber nur, wenn die Räume auch entsprechend ausgestattet sind.“

„Container als Zwischenlösung ungeeignet“

Max-Planck-Gymnasium: Arbeiten für Erweiterungsbau müssen nach Sommerferien begonnen werden

Von Marco Julius

DELMENHORST In Reaktion auf den Ratsbeschluss zur Schulentwicklung sagt Cordula Fitsch-Saucke, Schulleiterin des Max-Planck-Gymnasiums (MPG): „Der Raumbedarf an unserer Schule zum 1. August 2020 ist nur durch einen Erweiterungsbau am Hauptstandort zu lösen. Insofern begrüßt

das MPG den entsprechenden Ratsentscheid.“ Eine Containerlösung als Zwischenlösung hält Fitsch-Saucke für ungeeignet, „da hierdurch der Fachraumbedarf am MPG nicht zu lösen ist und somit kein erlassgemäßer Unterricht erteilt werden könnte“. Zudem bedeute eine Containerlösung Zusatzkosten, die verzichtbar seien, da in eine nach-

haltige Rauminfrastruktur investiert werden sollte. Für die Schulleiterin ist klar: „Die Zeit drängt, sodass der erste Bauabschnitt für den Erweiterungsbau nach den Sommerferien 2019 beginnen muss.“ Durch die Umstellung von G8 auf G9 müsse der Raumbedarf des Maxe und des Willms-Gymnasiums zum 1. August 2020 zeitgerecht und

zeitparallel gedeckt werden. Das Willms-Gymnasium soll – wie berichtet – laut Ratsentscheid eine Außenstelle an der Königsberger Straße bekommen. Die Räume, die von der Oberschule Süd freigemacht werden, müssen allerdings grundlegend renoviert werden. Willms-Schulleiter Stefan Nötling hat bereits ebenfalls auf den zeitlichen Druck

verwiesen. Fitsch-Saucke sagt für ihre Schule: „Der Raumbedarf des MPG für den Erweiterungsbau am Hauptstandort liegt dem Schutriträger seit zwei Jahren vor.“ In einer Stellungnahme, die am 21. Januar an Politik und Verwaltung gegangen sei, habe man die Ablehnung einer Containerlösung deutlich zum Ausdruck gebracht.

dk 25.2.2019

Delmenhorster Kurier
27. Februar 2019

Stadt will 300 000 Euro bei Schülerbeförderung einsparen

Wie lang die Fahrt oder der Fußweg zur Schule dauern darf, ist in der Schülerbeförderungssatzung festgelegt. Die zumutbaren Obergrenzen sollen nun angepasst werden.

FOTO: BJÖRN HAKE



Delmenhorst. 300 000 Euro weniger soll künftig die Schülerbeförderung in der Stadt Delmenhorst kosten. Das geht aus einer Vorlage hervor, über die der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur am kommenden Donnerstag, 7. März, beraten wird. Es ist der dritte Anlauf für die Vorlage, die bereits zweimal in vorherigen Ausschüssen zurückgestellt worden war, unter anderem, weil man zunächst die Schulentwicklungsplanung hatte abwarten wollen.

Die Einsparung der Kosten bei der Schülerbeförderung wird dadurch möglich, dass die entsprechende Satzung geändert wird. Unter anderem soll darin etwa die Kilometergrenze für Schüler ab der siebten Klasse leicht angehoben werden, nämlich künftig auf vier Kilometer. „Diese Entfernung für die betroffene

Schülergruppe wird von vielen Kommunen in Niedersachsen sowie in der Rechtsprechung zugrunde gelegt“, heißt es dazu in der Vorlage. Auch die Anträge der vergangenen Jahre aus Delmenhorst würden diese Entfernungen unterstützen, da die Schüler im Durchschnitt 4,3 Kilometer vom Schulstandort entfernt wohnen.

Darüber hinaus wurden die zumutbaren Obergrenzen für die Gesamtwegzeit angepasst. Im Primarbereich soll die Grenze für die Zeit des Schulweges künftig bei 45 Minuten liegen, im Sekundarbereich I (5. und 6. Klassen) bei bis zu 60 Minuten und in den übrigen Bereichen sogar bei bis zu 75 Minuten.

Nachdem der Ausschuss über das Thema beraten hat, muss abschließend der Stadtrat am 20. März darüber entscheiden. NOE

Delmenhorster Kurier
28. Februar 2019

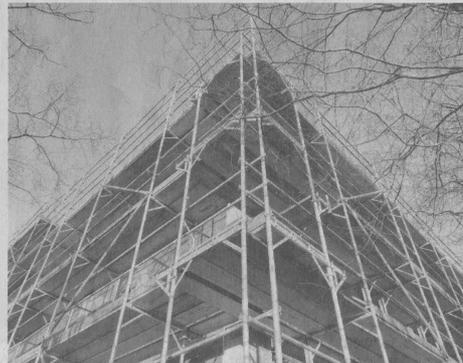
Turnhallensanierung deutlich teurer

Probleme in der Bausubstanz in Annenheide verursachen rund eine halbe Million Euro Mehrkosten

VON ESTHER NÖGGERATH

Delmenhorst. Die Sanierungsarbeiten der Turnhalle an der Grundschule Annenheide sind derzeit im Gange. Bei der Umsetzung wurden allerdings Probleme in der Bausubstanz festgestellt. Darüber hinaus sind „über das geplante Maß hinausgehende Preissteigerungen“ zu verzeichnen gewesen, wie in einer Vorlage steht, die im kommenden Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur besprochen werden soll. Denn durch die Probleme bei der Sanierung fallen deutlich mehr Kosten an, insgesamt rund eine halbe Million Euro kommen dadurch an Mehrausgaben zusammen. Da die Sanierung der Turnhalle eine der Maßnahmen ist, die über das Kommunalinvestitionsförderprogramm (KIP) II läuft, werden die Mehrkosten auch über diesen Fördertopf abgedeckt. „Da jedoch das Gesamtvolumen des Programmes gede-

ckelt ist, können nicht mehr alle Maßnahmen im Rahmen des Programmes gefördert werden“, heißt es weiter. Damit keine der anderen geplanten Maßnahmen aus KIP II hinten über fällt und diese dennoch umgesetzt werden können, sind zusätzliche Mittel aus dem städtischen Haushalt erforderlich. Deswegen will die Verwaltung im Abschluss des Haushaltsjahres 2018 eine Unterhaltungsrückstellung in Höhe von 200 000 Euro bilden. Weitere 350 000 Euro sollen als Deckungsmittel über die Haushaltsüberschreitungsliste 04/2018 bereitgestellt werden, da bei einer Reihe von Maßnahmen die vorhandenen Haushaltsmittel nicht vollständig benötigt worden sind, wie etwa die Einrichtung eines Fahrstuhls in der IGS, der 10 000 Euro weniger gekostet hat. Die meisten Gelder kommen aber aus dem Straßenbereich, so wurden etwa 68 000 Euro beim Endausbau der Erschließung „An der Riede“ eingespart.



Probleme in der Bausubstanz machen die Sanierung der Turnhalle an der Grundschule Annenheide teurer als ursprünglich geplant.

FOTO: INGO MÖLLERS

Politik stimmt für Erhalt

Realschule gesichert

Den Delmenhorstern bleibt die von vielen Eltern und Schülern gewünschte Realschule erhalten. Das hat die Politik im Februar auf mehreren Sitzungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung beschlossen. Doch bis dahin war es ein langer Weg mit vielen ausführlichen Debatten. Und mit Streit zwischen den beiden größten Stadtratsfraktionen.

Auf der einen Seite stand die SPD. Die setzte sich dafür ein, dass vor einer Entscheidung für eine Variante, wie die Schullandschaft künftig aufgestellt wird, erst weitere Daten gesammelt werden. Dazu gehört eine neue Elternbefragung. Die CDU andererseits hatte eine der Varianten der Verwaltung für die Schulentwicklung ausgebaut. Ihr wichtigstes Ziel: Haupt- und Realschule in der Stadt erhalten und letztere in zwei eigene Schulen an den beiden Schulstandorten aufteilen. Die Verwaltung hatte sich für ein Auslaufen dieser Schulformen zugunsten einer neuen Oberschule ausgesprochen. Zudem sollte laut CDU-Antrag die Oberschule Süd am Brendelweg zusammengeführt und mit neuen Räumen erweitert werden. So könnte das Gymnasium an der Willmsstraße eine Außenstelle im heutigen



Frauke Wöhler (CDU) warf der SPD eine Verschleppung der Schulentwicklung vor.



Vor der Stadtratssitzung demonstrierten Schüler für den Erhalt der Realschule.

zweiten Standort der Oberschule in der Königsberger Straße einrichten. Auch ein Anbau beim Max-Planck-Gymnasium war Teil des Plans. Den beiden Gymnasien steht durch die Verlängerung des Abiturs um ein Jahr künftig weiterer Raumbedarf bevor.

Zur ersten Konfrontation bei der Lager kam es am 7. Februar im Bildungsausschuss. Viele Besucher plädierten für eine Fortführung der heutigen Schullandschaft, während die Politiker sich teils heftig angriffen. CDU-Ratsfrau Frauke Wöhler beklagte, dass die Sozialdemokraten auf Zeit spielen würden. Sie fand: „Es ist höchste Eile, dass endlich was passiert.“ Auch Murat Kalmis (FDP) befürwortete den Vorschlag der Konservativen. „Es gibt nichts mehr zu diskutieren“, fand er. Im November hatte der Bildungsausschuss beschlossen, bis Ostern eine Entscheidung zu treffen. Anders sah es Bürgermeisterin und Sozialdemokratin Antje Beilemann. Oldenburg habe über zwei Jahre für seine Schulentwicklung gebraucht. Ihre Partei habe noch Fragen. „Wir haben keinen Grund zur Eile“, sagte sie. Zudem zweifelte sie an, dass viele Eltern mit Migrationshintergrund gut zur letzten Elternbefragung beitrugen. „Haben diese

Menschen überhaupt verstanden, wie unser Bildungssystem funktioniert?“ Verstanden hatten die Angehörigen der Realschulen: Sowohl beim Bildungsausschuss als auch bei der Ratssitzung am 20. Februar demonstrierten viele Schüler für den Erhalt dieser Schulform.

Mit sieben zu zehn Stimmen sprach sich der Ausschuss gegen den SPD-Antrag aus. Der Vor-

fender Prozess. Dass man ständig darüber nachdenkt, halte ich für richtig.“ Entsprechend könnten sowohl der Antrag seiner Partei als auch jener der CDU angenommen werden. Nur einen Änderungswunsch hatte er: Die Realschule solle als eine einzelne Schule erhalten bleiben. Die Konservativen gingen nur bedingt darauf ein. Wöhler (CDU): „Es wäre grob fahrlässig, den Elternwillen zu ignorieren.“ Und der spreche sich für die Realschule aus. Andrea Lotsios (SPD) ging Wöhler an: „Wer uns unterstellt, den Elternwillen zu ignorieren, ist selbst ignorant.“ Doktor Michael Adam (CDU) wies wiederum den Vorwurf zurück, dass seine Partei mit ihrer Variante 1a einen Schlussstrich unter die Schulentwicklung ziehen wolle. Und nannte den Vorschlag vom Oberbürgermeister nur ein „Butterbrot“, um die CDU ruhig zu stellen.

Auf Antrag von Peter Stemmler (UAD) stimmte der Rat geheim über den SPD-Antrag und einzelne Punkte des CDU-Antrags



Die Realschule, hier der Standort Lilienstraße, bleibt der Stadt erhalten.

schlag der Konservativen erhielt im Gegenzug zehn Ja- und sieben Nein-Stimmen. Nach dem Bildungsausschuss stimmte auch der Verwaltungsausschuss eine Woche später nichtöffentlich für den CDU-Vorschlag. Das letzte zeigte sich die Zweiteilung in beide Lager. Oberbürgermeister Axel Jahnz (SPD) versuchte, auf die Konservativen zuzugehen: „Die Schulentwicklung ist ein fortlau-

ab. Die SPD erhielt mit 21 Ja- zu 20 Nein-Stimmen die knappste mögliche Zustimmung. Der CDU-Antrag zur Aufteilung der Realschule in zwei eigene Schulen bekam mit 21 Stimmen eine Absage. Da kein Antrag zur Abschaffung der Schule vorlag, bleibt sie aber als eine Schule erhalten. Dank eines weiteren angenommenen Antrags wird die Schule künftig durchgehend dreizügig geführt.